



Der Kalender kennt viele Gedenktage. Die meisten vergehen folgenlos. Der 3. Mai gehört nicht dazu. Der Internationale Tag der Pressefreiheit ist kein symbolisches Ritual, sondern ein empfindlicher Seismograph für den Zustand politischer Systeme. Wer ihn lediglich als Hommage an den Journalismus versteht, verkennt seine eigentliche Tragweite: Es geht nicht um eine Berufsgruppe, sondern um die strukturelle Integrität demokratischer Ordnungen.

Seit seiner offiziellen Ausrufung durch die Vereinte Nationen im Jahr 1993 steht dieser Tag für ein Versprechen – und zugleich für dessen fortwährende Gefährdung. Pressefreiheit ist kein statischer Zustand, sondern ein dynamisches Gleichgewicht, das jederzeit kippen kann.

## Ein afrikanischer Impuls mit globaler Tragweite

Die Ursprünge dieses Tages liegen nicht in den klassischen Zentren westlicher Demokratietheorie, sondern im südlichen Afrika. Mit der Windhoek-Erklärung von 1991 formulierten Journalistinnen und Journalisten in Namibia einen Anspruch, der universeller kaum sein könnte: freie, unabhängige und pluralistische Medien als Voraussetzung politischer Selbstbestimmung.

Dass dieser Impuls aus dem globalen Süden kam, ist mehr als eine historische Fußnote. Er stellt die bis heute verbreitete Annahme infrage, Pressefreiheit sei ein Exportprodukt westlicher Institutionen. Vielmehr zeigt sich hier ein umgekehrter Verlauf: In einer Phase politischer Transformation artikulierten afrikanische Medienschaffende ein normatives Fundament, das später von der internationalen Gemeinschaft – insbesondere durch die UNESCO – aufgenommen und globalisiert wurde.

Die Erklärung war Ausdruck einer doppelten Erfahrung: der Befreiung von autoritären Strukturen und der Einsicht, dass politische Unabhängigkeit ohne mediale Unabhängigkeit unvollständig bleibt. Diese Einsicht hat bis heute nichts an Aktualität verloren.

## Die Illusion der gesicherten Freiheit

Drei Jahrzehnte später ist die Lage paradox. Nie zuvor war der Zugang zu Informationen technisch so umfassend. Und nie zuvor war die Kontrolle über Information so konzentriert. Während autoritäre Regime weiterhin offen zensieren, entstehen in demokratischen Gesellschaften subtilere Formen der Einschränkung.



Ökonomischer Druck zwingt Redaktionen zur Effizienz, die oft zulasten investigativer Tiefe geht. Digitale Plattformen dominieren Werbemärkte und lenken Aufmerksamkeit nach algorithmischen Kriterien, die journalistische Relevanz nicht zwingend widerspiegeln. Gleichzeitig verbreiten sich Desinformation und gezielte Manipulation mit einer Geschwindigkeit, die klassische Medienlogiken überfordert.

Diese Entwicklung untergräbt ein zentrales Prinzip: die Trennung zwischen überprüfter Information und bloßer Behauptung. Wenn diese Grenze verschwimmt, verliert Öffentlichkeit ihre gemeinsame Referenzbasis.

## Technologie als Beschleuniger – und Risiko

Die digitale Transformation hat die Pressefreiheit nicht nur erweitert, sondern auch neu definiert. Künstliche Intelligenz, automatisierte Inhalte und synthetische Medien verändern die Bedingungen der Wahrheitsproduktion grundlegend.

Deepfakes können politische Ereignisse simulieren, die nie stattgefunden haben. Automatisierte Bots verstärken Narrative, die gezielt auf Polarisierung abzielen. Plattformökonomien belohnen Aufmerksamkeit – nicht Wahrhaftigkeit.

In dieser Umgebung verschiebt sich der Fokus der Pressefreiheit. Es geht nicht mehr ausschließlich um den Schutz vor staatlicher Repression, sondern um die Sicherung epistemischer Standards in einer fragmentierten Öffentlichkeit. Journalismus wird damit nicht nur zur Informationsquelle, sondern zur Instanz der Verifikation.

## Die Kontrollfunktion der Medien – ein fragiles Gleichgewicht

In funktionierenden Demokratien erfüllen Medien eine doppelte Rolle: Sie informieren und kontrollieren. Diese Kontrollfunktion ist kein Nebenprodukt, sondern konstitutiv für die Gewaltenteilung. Ohne unabhängige Berichterstattung fehlt ein wesentliches Korrektiv politischer Macht.

Historische Beispiele zeigen, wie eng Pressefreiheit und politische Stabilität miteinander verknüpft sind. Wo Medien gleichgeschaltet werden, folgt oft eine schleichende Erosion



institutioneller Checks and Balances. Korruption bleibt unentdeckt, Machtmissbrauch ungesühnt, politische Verantwortung diffus.

Doch auch in offenen Gesellschaften ist diese Funktion nicht garantiert. Vertrauen in Medien ist kein Automatismus, sondern das Ergebnis kontinuierlicher Glaubwürdigkeitsarbeit. Fehler, Einseitigkeit oder wahrgenommene Nähe zu politischen Akteuren können dieses Vertrauen nachhaltig beschädigen.

## Zwischen Erinnerung und Gegenwart

Der 3. Mai ist daher nicht nur ein Tag der Reflexion, sondern auch des Gedenkens. Weltweit arbeiten Journalistinnen und Journalisten unter Bedingungen, die mit den Standards liberaler Demokratien unvereinbar sind. Repression, Haft, Gewalt – in vielen Regionen gehört dies zum Berufsalltag.

Diese Realität steht in einem scharfen Kontrast zur oft abstrakten Debatte über Medienfreiheit in wohlhabenden Staaten. Während dort über Algorithmen und Geschäftsmodelle diskutiert wird, geht es anderswo um physische Sicherheit und existenzielle Risiken.

Gerade dieser Kontrast verdeutlicht die globale Dimension des Themas. Pressefreiheit ist kein national begrenztes Gut, sondern ein universelles Prinzip, dessen Verletzung internationale Auswirkungen hat – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich.

## Die Verantwortung der Gesellschaft

Es wäre jedoch verkürzt, Pressefreiheit allein als Aufgabe von Regierungen oder Medienhäusern zu begreifen. Auch die Gesellschaft selbst ist Akteur. Medienkompetenz, kritisches Denken und die Bereitschaft, zwischen Information und Meinung zu unterscheiden, sind Voraussetzungen für eine funktionierende Öffentlichkeit.

In Zeiten wachsender Polarisierung zeigt sich, wie anfällig selbst gefestigte Demokratien für einfache Narrative und selektive Wahrnehmung sind. Wer nur noch konsumiert, was die eigene Weltsicht bestätigt, entzieht dem öffentlichen Diskurs seine verbindende Grundlage.

Pressefreiheit bedeutet daher auch, Widerspruch auszuhalten und Komplexität zu



## Der 3. Mai: Ein Datum, das über Freiheit und Verfall entscheidet

akzeptieren. Sie ist nicht bequem, sondern fordert intellektuelle Disziplin.

Am Ende bleibt eine nüchterne Erkenntnis: Freiheit ist kein Zustand, der einmal erreicht und dann bewahrt wird. Sie ist ein Prozess, der ständiger Aufmerksamkeit bedarf. Der 3. Mai erinnert daran, dass dieser Prozess jederzeit ins Stocken geraten kann – nicht nur durch offene Repression, sondern auch durch schleichende Erosion.

Wer Pressefreiheit verteidigt, verteidigt mehr als ein Grundrecht. Er verteidigt die Möglichkeit, Wirklichkeit überhaupt noch gemeinsam zu verstehen.

Andreas M. Brucker